

IG Metall Bielefeld Erwerbslosengruppe Marktstr. 8 33602 Bielefeld	Hk	Ms	Os	Wf	Aktienpar.	
	22. Juli 2013					Er.
	Ha	Sch		Jo	Ko	We

August-Bebel-Str. 126
33602 Bielefeld
Telefon 0521 / 8 66 11
Telefax 0521 / 8 66 11
info@dielinke-bielefeld.de
www.dielinke-bielefeld.de

Datum: 18.07.2013

Forderungen der Erwerbslosengruppe der IG Metall Bielefeld für die Bundestagswahl 2013

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
gern äußere ich mich zu Ihren/Euren Forderungen:

DIE LINKE fordert einen **Eckregelsatz** von 500,- €. Anstelle der Bedarfsgemeinschaften soll das Individuelle Ansprüche, unter Berücksichtigung von Unterhaltspflichten“, gelten. Weiterhin wollen wir die zu übernehmenden Wohnungskosten am üblichen Wohnungsmarkt messen und nicht am niedrigsten Preissegment.

Die im SGB II vorgesehenen **Sanktionen** wollen wir ersatzlos streichen. Das Sanktionsmoratorium habe ich 2012 unterschrieben. Die „Ein-Euro-Jobs“ wollen wir abschaffen und stattdessen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbauen.

DIE LINKE will die gesetzliche **Rentenversicherung** stärken. Vor allem muss die staatliche Förderung privater Vorsorge (Riesterrente) beendet werden, da diese v.a. der Versicherungswirtschaft nutzt. Der Kreis der Beitragszahler muss erweitert werden. Wir wollen die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen und dabei ergänzend eine Höchstrente definieren. Für Erwerbslose sollen wieder Beiträge eingezahlt werden. Wir fordern eine Mindestrente von 1050,- €.

Wir wollen den gesellschaftlichen Reichtum umverteilen und arbeiten von Beginn an im Bündnis **Umfairteilen** mit. Kernpunkte unserer Vorstellungen sind: Die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe für Millionäre sowie eine Steuerreform, die kleine und mittlere Einkommen entlastet, aber den Spitzensteuersatz wieder auf 53 % anhebt. In Südeuropa wird derzeit über ein Schuldenmoratorium diskutiert. Das ist eine öffentliche Debatte darüber, welche Schulden beglichen werden müssen, welche als illegitim anzusehen sind und nicht bedient werden. Diese Debatte sollte auch bei uns eine Rolle spielen. Aber: Die Finanzmärkte sind nicht die Hauptursache der heutigen Ungerechtigkeiten. Vielmehr gehen diese letztlich auf die

kapitalistische System, mit seinem Zwang zur Gewinnmaximierung, zurück. Meines Erachtens ist nicht ein anderes Geldsystem, sondern eine andere Produktionsweise nötig.

Der von uns geforderte **Mindestlohn** beträgt 10,- €. Leiharbeiter sollen wenigstens den gleichen Lohn wie die Stammbeschafteten erhalten. Es müssen wieder Befristungen für den Einsatz von Leiharbeit eingeführt werden und das Synchronisationsverbot ist wieder herzustellen.

Perspektivisch sollte Leiharbeit abgeschafft werden.

Die notwendige Verkürzung der **Arbeitszeit** gehört wieder auf die Tagesordnung. Diese auch durchzusetzen ist allerdings eine große Herausforderung. Von staatlicher Politik kann die Änderung des Arbeitszeitgesetzes gefordert werden. Aktuell tritt DIE LINKE für eine Festschreibung der 40-Stunden-Woche als gesetzliche Höchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz ein.

Ein **Sozialtarif bei der Energieversorgung** muss angesichts der enorm gestiegenen Energiekosten dringend umgesetzt werden. Stromsperrungen müssen verboten werden. Energieversorgung gehört in öffentliche Hand. Wir wollen die großen Energiekonzerne verstaatlichen. Die Kommunen sollen wieder eine tragende Rolle in der Organisation der Energieversorgung erhalten.

Gerne stehe ich für ein persönliches Gespräch über diese oder andere Themen zur Verfügung (Kontakt: frank.schwarzer@dielinke-bielefeld.de oder telefonisch 0176 – 64139310).

Mit solidarischen Grüßen



Frank Schwarzer

Direktkandidat für den Wahlkreis Bielefeld-Gütersloh II